Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

26. Sitzung (11.06.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

„Ans Vaterland, ans teure schließ' Dich an,
Das halte fest mit Deinem ganzen Herzen."

Dann wird sicherlich das Morgenrot einer besseren Zukunft auch wieder einmal über deutschen Gauen leuchten. Wir schließen diese feierliche Sitzung mit dem Wunsche:

Gott erhalte und segne unser deutsches Vaterland,
Gott schütze und rette das deutsche Volk!"

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt hierauf das Haus, ihm die Bestimmung von Zeit und Gegenstand der nächsten Sitzung zu überlassen.

Schluß der Sitzung um 12 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: v. Gleichenstein Karl.

---

26. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 11. Juni 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Staatspräsident Geiß, Minister des Auswärtigen Dietrich, Minister des Innern Remmele, Arbeitsminister Rückert, Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat Herrmann, Geh. Oberbaurat Wolpert, die Ministerialräte Franz und Dr. Steinbrenner; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Blase, Frhr. von Gleichenstein, Dr. Gothein, Hahn, Jost, Kieslich, Koelblin, Marum, Rigel, Saenger, Schön, Trunk, Venedey, Vogel und Dr. Wirth.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Kopf und des I. Vizepräsidenten Maier.

Tagesordnung:

Kurze Anfragen

a. der Abgg. Spengler und Karl, den Eisenbahnverkehr (Wertheim—Lauda) betr.,

b. der Abgg. Wittemann und Spang, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Zollausschlußgebiet betr.,

c. des Abg. Mager, die Verwertung der Holzbestände der Heeresverwaltung betr.,

Hierauf

1. Mündlicher Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über
   die der Gutheißung des Landtags vorbehaltene Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918, die Erhebung von Taxen für die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien sowie zur Errichtung von Aktiengesellschaften usw. betr.,
   Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg. *)

2. Begründung und Beantwortung der Interpellationen

a. der Abgg. Eberhardt u. Gen., das Koalitionsrecht der Arbeiter betr. (Drucks. Nr. 6c),

b. der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., den Schutz der persönlichen und Gewissensfreiheit betr. (Drucks. Nr. 20a),

c. der Abgg. Mayer-Karlsruhe u. Gen., die Bürgerwehr betr. (Drucks. Nr. 30), ferner derselben Abgg., die Erhaltung des inneren Friedens betr. (Drucks. Nr. 32), †

d. der Abgg. Hertle u. Gen., den Eisenbahnbetrieb, hier Haltestelle Uiffingen betr. (Drucks. Nr. 5a),

e. der Abgg. Seubert u. Gen., den Eisenbahnbetrieb, hier Haltestelle Halbmeil—Schiltach, betr. (Drucks. Nr. 5b),

f. der Abgg. Dr. Koenigsberger u. Gen., die Reform der Universitätsverfassung betr. (Drucks. Nr. 19).

*)

Die Sitzung wird eröffnet um 1/4 5 Uhr.

---

*) Der Gegenstand unter Ziff. 1 der Tagesordnung wurde abgesetzt (vergl. Text des Prot.), und auch die Gegenstände unter 2b—f kamen nicht zur Verhandlung.

†) Der zweite Gegenstand unter Ziffer 2c wurde erst nachträglich auf die T. O. gesetzt (s. Text des Prot.).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Es wird zunächst eine Reihe von Eingängen bekanntgegeben und zwar:

I. zunächst solche, die schon zur 25. Sitzung vorlagen, aber mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung jener Sitzung nicht im einzelnen bekanntgegeben, jedoch unter Vorbehalt der Zustimmung des Hauses einstweilen in geschäftliche Behandlung genommen wurden, nämlich:

A. Petitionen:

1. Vorstellung des Verbands der Privatschulen Badens, die Regelung des Privatschulwesens im freien Staate Baden betr.;
2. Bitte des Landesverbands des Bundes deutscher Militäranwärter um Einreihung der Steuer-Einnehmer I. und II. Gehaltsklasse sowie der Steuer-Assistenten in die Klasse der mittleren Beamten;
3. Eingabe des Vollzugsausschusses des Arbeiterrats Mannheim wegen Gewährung der Teuerungszulage auf 1. Februar 1919 an die frühere Hilfsbremserin Rosa Albert daselbst;
4. Eingabe des Verbands der Beamten- und Lehrer-Vereine, die Bitte von badischen, zum Heeresdienst einberufen gewesenen Beamten um nachträgliche Gewährung der einmaligen Teuerungszulage vom September 1918 betr.;
5. Bitte des Vereins technischer Eichbeamter, die Verhältnisse und Forderungen der technischen Eichbeamten Badens betr.;
6. Bitte des Hauptlehrers O. Haug in Waldmühlbach um Gewährung einer Teuerungszulage;
7. Bitte der Vereinigung badischer Rechtspraktikanten um Förderung ihrer Bestrebungen;
8. Bitte des zuruhegesetzten Werkführers L. Borho in Offenburg um Erhöhung seines Ruhegehalts;
9. Bitte der Witwe des Zugmeisters L. Klein in Karlsruhe um Erhöhung ihres Versorgungsgehaltes;
10. Vorstellung der Angestellten der Kohlengroßhandlung M. Stromeyer Lagerhausgesellschaft Konstanz gegen die Sozialisierung des Kohlengroßhandels;
11. Bitte des Kriegsbeschädigten und früheren Universitätsfechtlehrers A. Gamber in Heidelberg um Aufhebung des Verbots der Erteilung von Privatfechtunterricht (neue Eingabe);
12. Bitte des R. Maier von Fischbach um Rechtshilfe;
13. Bitte des Wartpersonals der bad. Heil- und Pflegeanstalten Emmendingen, Konstanz, Pforzheim und der psychiatrischen Klinik Freiburg um Besserung der Gehaltsverhältnisse desselben;
14. Bitte des deutschen Vereins zur Förderung des Nackt- und Freibadens um Aufhebung der diesem entgegenstehenden Verbote.

Das Haus erklärt sich mit der erfolgten Ueberweisung von O.-Z. 1 an die Verfassungskommission, O.-Z. 2—6 an die Haushaltkommission, O.-Z. 7 an die Kommission für Justiz und Verwaltung und O.-Z. 8—14 an die Petitionskommission einverstanden.

B. Sonstige Eingänge aus Volkskreisen:

1. Schreiben des Gemeinderats der Stadt Emmendingen mit einem in Form einer von zahlreichen Einwohnern ohne Parteiunterschied gefaßten Entschließung erhobenen Protest gegen den uns zugemuteten Gewaltfrieden.
2. Schreiben der Firma „Luftfahrzeugbau Schütte-Lanz in Mannheim-Rheinau" mit einem Hinweis auf das im Friedensvertrag enthaltene Verbot der Erbauung oder Einführung von Luftschiffen oder Luftschiffteilen in Deutschland und die die ganze deutsche Luftschiffindustrie vernichtende Wirkung dieses Verbots.

Diese Eingaben haben durch den einmütigen Protest des Hauses in der vorigen öffentlichen Sitzung ihre Erledigung gefunden.

C. Eingänge aus der Mitte des Hauses:

1. Krankheitsanzeigen der Abgg. Duffner, Otto, Siebert und Venedey;
2. Verhinderungsanzeigen der Abgg. Hamann und Müller-Schopfheim wegen dringender Berufsgeschäfte.

Die Anzeigen dienen zur Kenntnisnahme; der erforderliche Urlaub in den Fällen von O.-Z 2 wurde erteilt.

3. Interpellationen
   a. der Abgg. Mayer-Karlsruhe u. Gen., die Bürgerwehr betr. (Nr. 30),
   b. der Abgg. Weber-Heidelberg u. Gen, den Schutz der weiblichen Angestellten und Arbeiter gegen Erwerbslosikeit betr. (Nr 31),
   c. der Abgg Eberhardt u. Gen. das Koalitionsrecht der Arbeiter betr. (Nr. 6e).

Diese Interpellationen gelangten unter den beigefügten Nummern zum Druck und gingen zunächst an die Regierung; a und c stehen bereits auf der heutigen Tagesordnung.

D. Sonstiges:

Anzeige der Sozialdemokratischen Fraktion vom 16. Mai, daß von ihrer Seite als Mitglied der Haushaltskommission an Stelle des Abg. Roesch der Abg. Maier-Heidelberg treten soll.

Das Haus erklärt nachträglich sein Einverständnis.

E. Regierungsmitteilungen:

1. Schreiben des Staatspräsidenten vom 7. Mai mit einer Ergebenheits-Kundgebung des Freiburger Bürgerrats aus Anlaß der Wiederherstellung vorbildlicher verfassungsmäßiger Zustände mit dem Gelöbnis der Treue und der Bereitwilligkeit zur tatkräftigen Unterstützung.

Diese Kundgebung wurde schriftlich verdankt und dient zur Kenntnisnahme.

2. Schreiben des Ministers der Finanzen vom 6. Mai 1919 des Inhalts, daß er jederzeit bereit sei, die Interpellationen
   a. der Abgg. Hertle u. Gen., den Eisenbahnbetrieb, hier Haltestelle Uiffingen betr. (Drucks. Nr. 5a),

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

b. der Abgg. Seubert u. Gen., den Eisenbahnbetrieb, hier Haltestelle Halbmeil—Schiltach betr. (Drucks. Nr. 5b)

zu beantworten.

Diese beiden Gegenstände stehen bereits auf der heutigen Tagesordnung.

II. neue Eingänge und zwar:

A. Petitionen und ähnliches:

1. Bitte des G. Morr in Heidelberg um Rechtshilfe;
2. Bitte des F. X. Klauser, angeblich Beauftragter der Freiburger Stellenvermittler, das Stellenvermittlungs-Gewerbe betr. (zweite Eingabe);
3. Bitte des Domänenwaldhüters Fechtig in Dietfurt, die Besetzung der Forstwartsstelle in Sommerau, Gemeinde Bonndorf betr.;
4. Bitte des Kriegsinvaliden E. Heim in Unterdettingen um Beistand zur Erlangung der Invalidenrente;
5. Bitte des Hochbautechnikers J. Droxler in Karlsruhe um Hilfe in seiner Notlage (neue Eingabe);
6. Beschwerde der christlich und Hirsch-Dunkerisch organisierten Arbeiter der Firma Brown, Boveri & Cie. Mannheim wegen Kränkung und Verletzung ihrer Staatsbürgerrechte durch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter daselbst und durch Versagen des zuletzt angerufenen badischen Ministeriums;
7. Bitte des Stationswarts H. Merkel in Hilpertsau um Besserung seiner Beförderungsverhältnisse, übergeben von dem Abg. Belzer;
8. Eingabe des Vorstandes des badischen Städtetags zu dem Gesetz betr. den Verkehr mit Grundstücken;
9. Eingabe des P. Hosenknopf in Weimar wegen Aufhebung aller Vorrechte des Standes und der Geburt;
10. Bitte des Verbands der Privatschulen Badens, die Regelung des Privatschulwesens betr. (neue Eingabe);
11. Bitte der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Volksschullehrer badischer Staatsangehörigkeit um Aufnahme in den badischen Schuldienst;
12. Bitte des Landesausschusses des kath. Frauenbundes, des Landesverbands der evangelischen Frauenvereine und der weiblichen Abgeordneten der Zentrumsfraktion des badischen Landtags um Ergänzung des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, die Ausübung der Erziehungsrechte in Bezug auf die Religion der Kinder betr.;
13. Beitritt des Deutschen Offiziersbundes, Landesgruppe Baden, zu der Bitte des Verbands der Beamten- und Lehrervereine Badens um nachträgliche Gewährung der einmaligen Teuerungszulage vom September 1918 an die zum Heeresdienst eingezogen gewesenen Beamten;
14. Beitritt der Handels-Hochschule Mannheim zu der Petition des Vereins badischer Handelslehrer um Berücksichtigung der in seiner Denkschrift niedergelegten Wünsche;
15. Bitte der Handelskammer Altona um Aufhebung der Zwangswirtschaft;
16. Eingabe des Oberrheinischen Elektrotechnischen Vereins Karlsruhe in Betreff des Ausbaues der Elektrizitätswirtschaft;
17. Beitritt des Elektrotechnischen Vereins Mannheim-Ludwigshafen zu obiger Petition;
18. Bitte der Handelskammer für die Kreise Lörrach und Waldshut um Fortsetzung des Bahnbaues Titisee — St. Blasien nach dem südlichen Rheintal;
19. Bitte des Landesverbands Baden des Bundes deutscher Militäranwärter um Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der bei den Kommunalverwaltungen angestellten Beamten aus dem Militäranwärterstande;
20. Gleiche Bitte desselben Verbands bezüglich der aus dem Militäranwärterstande hervorgegangenen Staatsbeamten;
21. Bitte des Stadthauptmanns Ottendörfer namens der Volkswehr in Freiburg, die Entlohnung der Mitglieder derselben betr.;
22. Bitte der Bahnarbeiter des Betriebs- und Bahnunterhaltungsdienstes in Tauberbischofsheim um Versetzung in die 3. Ortsklasse;
23. Bitte aus den Gemeinden Dertingen, Bettingen, Urphar, Eichel, Lindelbach, Dietenhan und Kembach um Errichtung einer Autolinie Wertheim—Dertingen;
24. Eingabe des Vereins Mannheimer Lokomotivbeamten und -Anwärter vom 9. Juni 1919 mit der in Form einer Entschließung gestellten Bitte, der vorhandenen Notlage der Beteiligten unverweilt abzuhelfen;
25. Bitte der Vereinigung technischer Vereine in Karlsruhe, die Stellung der Techniker in den städtischen Verwaltungen betr.;
26. Telegraphischer Beitritt des Bundes technischer Berufsstände, Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen, zu obiger Bitte und Erinnerungsschreiben dazu;
27. Vorschläge des Dr. Hug in Seeheim zur Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Gefallenen.

Es gingen die Eingaben unter Nr. 1—7 an die Petitionskommission, 8—12 an die Verfassungskommission, 13—24 an die Haushaltskommission, 25—27 an die Kommission für Justiz und Verwaltung.

Das Haus ist einverstanden.

B. Sonstige Eingänge aus Volkskreisen:

1. Gegenvorstellung des Schutzverbandes stellenloser Kaufleute und Bureauangestellter, Sitz Düsseldorf, Ortsgruppe Mannheim, zu der Interpellation der Abgg. Weber-Heidelberg u. Gen., den Schutz der weiblichen Angestellten und Arbeiter gegen Erwerbslosigkeit betr. (Drucks. Nr. 31).

   Die Eingabe wurde zunächst mit Bezug auf die genannte Interpellation an den Herrn Arbeitsminister abgegeben.
2. Schreiben des Vorsitzenden der Zentrumspartei des Bezirks Tauberbischofsheim vom 15. Mai und des Bürgermeisters der Stadt Breisach vom 16. Mai mit Protesten dort stattgehabter Versammlungen gegen den dem deutschen Volke zugemuteten Gewaltfrieden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Diese Eingaben erscheinen durch den eigenen Protest des Hauses in der 25. Sitzung als erledigt.

Eingabe ohne Angabe von Ort und Datum mit einer unleserlichen Unterschrift und allerlei Ausführungen über „Weltfrieden und Weltsozialistentum".

Diese Eingabe liegt im Archivariat zur Einsicht auf.

4. Schreiben der Zentralstelle für den Heimatdienst in Berlin vom 23. Mai 1919 mit der Flugschrift „Die wirtschaftlichen Schwerlinien der bedrohten Reichsgebiete von Professor Dr. E. Tiessen".
5. Schreiben des Deutschen Tabakbauverbandes d. d. Karlsruhe den 20. Mai 1919 mit einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium zur Kenntnisnahme.
6. Kurzer Hand sind eingegangen:
   a. von Seiten der Stadtverwaltung Pforzheim das Werk „Die städtischen Hochbauten, Rückblick über die Entwicklung des Hochbauwesens der Stadt Pforzheim",
   b. vom Herausgeber der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung die Nummern 15 und 16 des Jahrgangs IV, enthaltend „Das Saargebiet",
   c. von der Rheinischen Hypothekenbank Mannheim der Geschäftsbericht der Landeskreditkassen-Abteilung derselben für 1918.

   Die Gaben unter O.-Z. 4—6 werden verdankt. Sie sind teils bereits zur Verteilung gelangt, teils liegen sie in den Fraktionen bezw. im Archivariat zur Einsicht auf.
7. Schreiben des I. Vorsitzenden des Landesvereins „Badische Heimat" mit einer Einladung zur ordentlichen Landesversammlung des Vereins am 10. und 11. Juni in Baden-Baden.

   Die Einladung wurde verdankt und den in Baden und Umgebung wohnenden Mitgliedern des Hauses mit dem Anheimgeben der Teilnahme zur Kenntnis gebracht.

C. Eingänge aus der Mitte des Hauses:

1. Urlaubsgesuche der Abgeordneten Marum und Rigel für einige Tage wegen dringender beruflicher und ähnlicher Abhaltungen.

   Der erbetene Urlaub ist erteilt.
2. Anträge:
   a. der Abgg. Dr. Schofer u. Gen. die Verfassung für das Reich und die Einzelstaaten betr. (Nr. 1f),
   b. der Abgg. Neck u. Gen., den Wildpark im Hardtwald betr. (Nr. 33),
   c. der Abgg. Neck u. Gen., die Jagd im Hardtwald betr. (Nr. 33a).

   Diese Anträge gelangen unter den beigefügten Nummern zum Druck; Antrag a wird k. H. an die Verfassungskommission überwiesen, die Anträge b und c an die Petitionskommission.
3. Interpellationen:
   a. der Abgg. Mayer-Karlsruhe u. Gen., die Erhaltung des inneren Friedens betr.

   Die Interpellation wurde bereits gedruckt (Drucks. Nr. 32) und einstweilen an die Regierung abgegeben. Diese hat sich mit Schreiben vom 9. d. M. zur Beantwortung bereit erklärt und vorgeschlagen, die Interpellation gemeinsam mit der auf der heutigen Tagesordnung stehenden Interpellation derselben Abgeordneten, die Bürgerwehr betr., Drucks. Nr. 30 (s. unten D Ziff. 2a), mit der sie in engster Verbindung stehe, zu erledigen. Das Haus und die Interpellanten sind einverstanden.

   b. der Abgg. König u. Gen., die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Baden betr. (Nr. 8h),
   c. der Abgg. König u. Gen., die Volkswehr betr. (Nr. 30a),
   d. der Abgg. Weißhaupt u. Gen., die Sonntagsruhe betr. (Nr. 34),
   e. der Abgg. Seubert u. Gen. die Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch betr. (Nr. 35).

   Diese Interpellationen gelangen unter den beigefügten Nummern ebenfalls zum Druck und gehen einstweilen an die Regierung.

D. Regierungsmitteilungen:

1. Schreiben des Ministeriums des Innern vom 31. Mai 1919 Nr. 41229, die Lebensmittelfürsorge, hier die Kartoffelversorgung betr.

   Der Verlesung des Schreibens, das sich auf den in der 18. öffentlichen Sitzung vom 2. April 1919 verhandelten Antrag der Abgg. Karl u. Gen. (Drucks. 9c) bezieht, fügt der Präsident noch bei: „Die beiden Kirchenbehörden haben in dankenswerter Weise in warmen Aufrufen der Anregung des Ministeriums Folge gegeben, und es ist zu hoffen, daß die Aktion von günstigem Erfolg begleitet sein wird. Ich glaube das auch hier namens der Volksvertretung dankbar hervorheben zu sollen."
2. Schreiben des Ministers des Innern bezw. des Arbeitsministeriums mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellationen
   a. der Abgg. Mayer-Karlsruhe u. Gen., die Bürgerwehr betr. (Drucks. Nr. 30),
   b. der Abgg. Eberhardt u. Gen., das Koalitionsrecht der Arbeiter betr. (Drucks. Nr. 6c),
   c. der Abgg. Dr. Kraus u. Gen., die Sozialisierung in Baden betr. (Drucks. Nr. 26).

   Bezüglich der Interpellation unter a siehe oben C Ziffer 3 a; die Interpellation unter b steht ebenfalls bereits auf der heutigen Tagesordnung, jene unter c wird auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden.
3. Schreiben des Ministeriums des Innern vom 30. Mai 1919 Nr. 41613 mit dem Jahresbericht der badischen Irrenanstalten für 1915 und 1916.

   Der Jahresbericht gelangt zur Verteilung.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten und zwar zunächst zur Erledigung der Kurzen Anfragen.

Abg. Spengler verliest die Anfrage unter a, lautend: Was gedenkt die Regierung zu tun, um aus Richtung Wertheim den Anschluß an den früh 5,31 Uhr

in Lauda abgehenden Schnellzug zu ermöglichen?

Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat Herrmann beantwortet die Anfrage.

Die beiden anderen Kurzen Anfragen werden bis zum Erscheinen der Regierungsvertretung zurückgestellt, und gleichzeitig wird auf einen Wunsch des erkrankten Abg. Dr. Gothein hin schon jetzt der letzte Gegenstand der Tagesordnung, die Interpellation Dr. Koenigsberger u. Gen. betreffs der Universitätsverfassung abgesetzt.

Nach Aufruf von

Ziffer 1 der Tagesordnung: Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918 über die Erhebung von Taxen

erhebt zunächst Abg. König Einwendungen gegen die Beratung des Gegenstandes, obwohl weder eine gedruckte Vorlage noch ein schriftlicher Kommissionsbericht zwecks Orientierung zur Verfügung steht. Die sich entwickelnde Geschäftsordnungsdebatte, an der sich weiter die Abgg. Dr. Schofer, König, Dr. Leser, Muser und Maier-Heidelberg beteiligen, endet mit dem Beschluß des Hauses, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

Es folgen weitere Kurze Anfragen.

Abg. Wittemann verliest die Anfrage b der Tagesordnung, lautend:

Sind der Regierung die schlimmen wirtschaftlichen Verhältnisse im Zollausschlußgebiet um Jestetten bekannt? Weiß sie insbesondere, daß die Verkehrsverbindung mit dem Mutterlande eine vollständig ungenügende ist? Welche Schritte hat sie bis jetzt getan, um nach beiden Richtungen genügend Abhilfe möglichst rasch zu schaffen? Ist sie besonders in der Lage, die geplante Autoverbindung bis spätestens Mai dieses Jahres in Betrieb zu bringen?

Minister des Innern Remmele beantwortet die Anfrage.

Die Anfrage des Abg. Mager unter c der T.-O. wird von diesem verlesen. Sie lautet:

Ist der Regierung bekannt, daß die gemeinnützige Holzverteilungsgesellschaft m. b. H. Karlsruhe-Rheinhafen die Holzbestände der Heeresverwaltung nicht direkt an Handwerker, sondern nur in großen Posten an Händler abgibt, daß diese Händler aber dann mit einem Nutzen von 150 Mk pro Waggon weiter verkaufen?

Ist der Regierung weiterhin bekannt, daß diese Händler 50 v. H. des Kaufspreises in Kriegsanleihe zahlen, sich aber weigern, von Handwerkern in gleichem Ausmaße Kriegsanleihe in Zahlung zu nehmen?

Was gedenkt die Regierung zum Schutze des Handwerks hierin zu tun?

Auch diese Anfrage wird von dem Minister des Innern Remmele beantwortet.

Nun folgt

Ziffer 2a der Tagesordnung: Interpellation der Abgg. Eberhardt u. Gen., das Koalitionsrecht der Arbeiter betr. (Drucks. Nr. 6c).

Zur Begründung erhält Abg. Eberhardt, zur Beantwortung Arbeitsminister Rückert das Wort.

An der gewünschten Besprechung beteiligen sich die Abgg. Roth, Muser, Ziegelmaier-Obertirch, Arbeitsminister Rückert, Abg. Horter und nach einer Mahnung des Präsidenten zur Kürze die Abgg. Kiefer, Maier-Heidelberg, Muser und Dr. Schofer. Auf das Schlußwort wird verzichtet und ist damit dieser Gegenstand erledigt.

Während der 1. Rede des Abg. Muser führte 1. Vizepräsident Maier kurze Zeit das Präsidium.

Der Präsident schlägt vor, hier abzubrechen, und setzt mit Zustimmung des Hauses die nächste Sitzung fest auf morgen

Donnerstag den 12. Juni 1919
vormittags 9 Uhr

mit der Tagesordnung:

(s. Eingang des Protokolls der nächsten Sitzung).

Schluß der Sitzung 1/4 9 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident:
Kopf

Der I. Vizepräsident:
Maier.

Die Schriftführer:
Weber
Roesch.